

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erstausgabe (1922) mit Wilsdruff der Gesamt- und Zeitung nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag, Doppeltitel bei Geschäftsbeginn monatlich 20, durch unsere Mitarbeiter eingetragen in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 20, durch die Post bezogen durchgehend 20, mit Zustellungsgebühr. Alle Preiskarten und Postkarten sowie unsere Mitarbeiter und Geschäftskunden nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Verlag seinen Sitznachdruck auf Lieferung der Zeitungs- oder Anzeigenblätter bei Wilsdruff.



Infektionshygiene. 20. Nr. 10. 1922. Nr. 10. 1922. Nr. 10. 1922.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 116

Freitag den 19. Mai 1922.

81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Russen haben in Genua ihr Einverständnis mit den Vorschlägen der Allierten in der russischen Frage unter einigen Vorbehalten erklärt.

* De Facto wünscht, daß die Konferenz von Genua vor ihrem Auseinandergehen in einem feierlichen Dokument die Bedingungen für einen europäischen Frieden auf solider Grundlage ausdrückt.

* In den Kreisen des in Paris zusammentretenden Anleiheauschusses wird eine Herabsetzung der deutschen Wiederverpflichtungen um 70-80 Milliarden Goldmark in Erwägung gezogen.

* Reichsarbeitsminister Brauns hielt im Reichstag eine Rede über die soziale Gesetzgebung und die Aufgaben seines Ministeriums.

* Im besetzten Gebiet werden die Verstärkungen der französischen Truppen fortgesetzt.

Große oder kleine Anleihe?

Die großen wirtschaftlichen Probleme, die heute nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt bewegen, hängen aufs innigste mit der Frage zusammen, auf welche Weise die künftige Regelung der deutschen Verbindlichkeiten, die einen Teil der Weltschulden darstellen, erfolgen kann. Man beobachtet in dieser Hinsicht bereits eine weitgehende Einmütigkeit der wirtschaftlichen und finanziellen Fachleute der Welt in dem Grundsatze, daß die Lösung in einer Anleihe der Finanzkräftigen an die Schwachen gesucht werden muß. Aber die Frage, ob eine Anleihe möglich ist, läuft letzten Endes auf die Tragfähigkeit der einzelnen Staaten hinsichtlich ihrer Schulden hinaus, und dieser Punkt wird vorzüglich durch die von der Entente festgesetzte Reparationslast bedingt. Trotzdem ist es notwendig, sich einmal über die Wirkungen einer großen oder einer kleinen Anleihe, unabhängig von der Reparationsfrage, klar zu werden, denn es kommt darauf an, ob für den deutschen Schuldner eine große Anleihe vorzuziehen ist als eine geringere und umgekehrt. Es gibt in dieser Beziehung für die Wirtschaftlichkeit eine vollkommen feststehende Grenze.

In diesem Zusammenhange gilt es nicht zu prüfen, inwiefern Deutschland für das Auslandskapital trotz der Reparationen zahlungsfähig ist. Diese Frage muß gänzlich ausgeschaltet werden. Es fragt sich nur, inwiefern das deutsche Wirtschaftsleben durch eine große oder eine kleine Anleihe ent- oder belastet wird und insofern einen Kredit überhaupt vertritt. Im allgemeinen kann man sagen, daß eine Anleihe an sich immer ein Übel ist. Aber in unserem Falle ist eine große Anleihe trotz der dadurch bedingten größeren Lasten immer noch das kleinere Übel. Aus der deutschen Wirtschaft sind nun einmal die Reparationslasten nicht herauszuholen. Die Anleihe würde deshalb in jedem Falle eine gewisse Entlastung bedeuten, aber bei dem internationalen Konkurrenzkampf verliert die deutsche Industrie, auf die es ankommt, um so eher den Atem, je weniger eigener Besitz und Kredit die Möglichkeit bieten, den notwendigen Ausgleich zwischen Lebensbedürfnis der menschlichen Arbeitskraft, Ausnutzung und Rentabilität der Maschinen und Weltmarktwert des Produktes anzubahnen. Der schlechte Kurs der Mark ist seit so lange ein feindlicher Vorzeiger auf deutscher Seite, als Inlandsgegenwert und Auslandskurs beträchtliche Spannungen ausweichen. Aber mit elementarer Gewalt treibt die Entwicklung auf eine Anpassung hin, und dabei zeigt sich der Verlust der Substanz, den die sich in der Industrie während der Zeit der äußeren Marktentwertung zur Folge haben muß. Jede Anleihe, und sei sie noch so gering, verbessert den Auslandskurs der Mark und macht sich infolgedessen in einem Druck auf die deutsche Produktion in der Richtung geltend, daß es immer schwerer wird, alle Träger der Produktion in ausreichendem Maße zu ernähren, Kapital sowohl wie Arbeit.

Man hält die industrielle Krise, die bei der Schwärzung einer Anleihe zu erwarten steht, für ein unwahrscheinliches Übel. Das trifft bei einer Anleihe von geringem Umfange, mit der man wahrscheinlich rechnen kann, unbedingt zu. Denn eine solche Anleihe, für die wir etwa 3 bis 4 Goldmillarden in Ansatz bringen können, deckt eben nur die Barzahlungen für die Reparation in den allerersten Jahren, ohne Deutschland zu gestalten, seiner eigenen Wirtschaft dort nachzuhelfen, wo sich eine akute Gefahr zeigt. Das bedeutet also, daß die Arbeiter, die nicht mehr aus der Produktion ernährt werden können, als Arbeitslose zu Rossgängern des Reiches, also der Allgemeinheit werden müssen, was nur durch eine weitere Inflation gedeckt werden kann. Neue Geldemission und fortwährende Arbeitslosigkeit sind also die wahrscheinlichen Folgen einer „kleinen“ Anleihe, mit der allgemein geredet werden kann, wenn nicht aus rein wirtschaftlichen Gründen doch im letzten Augenblick noch ein Umschwung eintritt.

Eine größere Anleihe würde Deutschland gestalten, der Industrie sofort notwendige Inlandsaufträge zu geben, daß sie alle verfügbaren Arbeitskräfte beschäftigen könnte, um damit weiterhin produktive Werte zu schaffen. Unsere Wirtschaft ist seit dem Kriege leiden geblieben. Die nationale Verarmung des Volkreichums, d. h. der Gewinnbringenden Anlage von Kapital und Arbeit in pro-

duzieren ist nur so gering gewesen, daß gegenüber der Vorkriegszeit ein Rückgang zu verzeichnen ist. Eine große Anleihe, die Deutschland immer erstrebt hat und erstreben muß, würde zur Folge haben, daß über die damit verbundenen Lasten hinaus ein Mehrwert entsteht, der zur Abbildung der Lasten und zum weiteren Ausbau der deutschen Wirtschaft verwendet werden kann, sie nicht auf die Dauer wertvoller und kreditwürdiger macht. Im geschäftlichen Leben wird es niemand einfallen, den Grundfah zu verkaufen, lieber weniger Geld zu riskieren, für das der Verlust wahrscheinlicher ist, als eine höhere Summe zu wagen, bei der eine Verzinsung und Amortisation sicher zu erwarten ist. Das gleiche Prinzip gilt auch für die Weltwirtschaft, nur muß man dabei letzten Endes auch den allgemeinen Verlust durch den Krieg in Rechnung ziehen, der überhaupt nicht ausgeglichen werden kann.

Immerhin bleibt für die Anleihefrage der Gesichtspunkt maßgebend, daß Deutschland für einen großen Kredit infolge einer produktiven Verwendung und größerer Wirtschaftlichkeit sicherer ist als für einen geringeren, der nur zur Abtragung der Reparation und in Frankreich zu militärischen Maßnahmen für machtpolitische Zwecke benutzt wird. Eine kleine Anleihe bedeutet in gewisser Sinne nur ein Hineinschieben wertvoller Wirtschaftskräfte in ein Gefäß ohne Boden.

Morgans Anleiheplan.

Herabsetzung der Reparationssumme!

Ein bekannter City-Bankier hat die Vorschläge Morgans folgendermaßen gekennzeichnet:

Zunächst müsse eine Vereinbarung zwischen den Alliierten zustande kommen, um den augenblicklichen Reparationsbetrag auf eine vernünftige Summe herabzusetzen. Zweieinhalb Milliarden Pfund Sterling würden als solche Summe angesehen, wobei noch in Anschlag gebracht werden müsse, was Deutschland bereits gezahlt habe, und was unter Aufsicht des abgetretenen Staatsbeizungens Sir Robert Horne auf 200 Millionen Pfund Sterling veranschlagt habe. Auf dieser Grundlage dürfe Deutschland, wie angenommen werde, in der Lage sein, den Zins- und Amortisationsbetrag für seine Schulden aufzubringen. Wenn Deutschland eine Anleihe erhalte, müsse es bereit sein, Garantien in Gestalt eines Pfandrechts auf die Zölle zu geben, und müsse außerdem eine Lebensversicherung, wie z. B. die Eisenbahnen, für die Begahlung seiner Zinsen bieten und zu gleicher Zeit allmählich den Druck von Papiergeld einstellen.

Dr. Herms hat in Paris mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois verhandelt und ihm schriftliche Unterlagen über die Beratung der Reparationslasten übergeben, die in der Hauptsache die jetzige Gestaltung des Reichshaushaltsplanes, sowie die Zwangsanleihe betreffen, und die zunächst zu einer allgemeinen Aussprache führten. In den nächsten Tagen werden die Einzelbesprechungen mit den Delegierten fortgesetzt werden.

Die Russen nehmen an.

Sonnabend Schlußführung in Genua?

Zichtserin hat jetzt die Antwort der russischen Kommission auf die Vorschläge der einladenden Mächte mitgeteilt, und zwar nimmt die Sowjetdelegation diese Vorschläge an, sie brachte aber einige Abänderungsanträge ein, die nicht von einschneidender Bedeutung zu sein scheinen. Abgesehen davon, daß den Russen der Haag als Konferenzort nicht genügt ist (sie würden Stockholm oder Wien vorziehen), wollen sie namentlich eine genauere Fassung des Waffenstillstandsabkommens in dem Sinne haben, daß auch die mit Moskau verbündeten Sowjetrepubliken gegen feindliche Angriffe geschützt werden, und daß die Nachbarstaaten entwafrnet werden, die zum Einschlag in Rußland bereitzehen. Dieser russischen Zusage steht

die amerikanische Abgabe

in der Frage der Haager Konferenz gegenüber. Die amerikanische Regierung glaubt nicht, daß sie in erpriechlicher Weise an der Haager Konferenz teilnehmen kann, da diese Konferenz offenbar eine Fortsetzung der Genua-Konferenz unter anderem Namen sein würde. Die Amerikaner erklären jedoch, daß sie allen Vorschlägen, die von der Genua-Konferenz oder einer späteren Konferenz ausgeben würden, ernsteste Beachtung schenken wollen. Daraus schöpft besonders die Engländer die Hoffnung, daß man sich in Washington doch noch anders besinnen wird. Sogar Poincaré hat geäußert, daß Amerikas Antwort scheinbar auf einem Mißverständnis beruhe und deshalb nicht als letztes Wort der Vereinigten Staaten zu betrachten sei, und daß Frankreich an den Beratungen in Haag teilzunehmen gedenke, falls das Parlament damit einverstanden ist. Schanzer wird wahrscheinlich eine zweite Note nach Washington absenden. Bei einer Besprechung über den Abschluß der Konferenz hat man zunächst von einer Festlegung des Tages für die letzte Plenarsitzung abgesehen. Im allgemeinen rechnet man mit dem Sonnabend als dem Schlußtage der Konferenz.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Reform des Rechtsstudiums.

In der Frage der Reform des Rechtsstudiums liegt dem Reichsministerium ein Vorschlag vor, der die Studierenden auf Ferienpraxis verweist. Das dreijährige theoretische Studium wird, wie bisher, mit der ersten Staatsprüfung abgeschlossen, auf die der praktische Vorbereitungsdienst folgt. Den Referendaren soll dann im dritten Jahre des Vorbereitungsdienstes Gelegenheit zu einem Nachstudium an der Universität gegeben werden, das auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden soll, und dessen Erfolg im zweiten Staatsexamen nachzuweisen ist.

Die neuen Gültertarife.

Die neuerliche Steigerung der Materialpreise und persönlichen Ausgaben der Reichsbahn nötigen dazu, bereits am 1. Juni die Güter-, Tier- und Erpressgülttarife um 25 Prozent zu erhöhen. Die Verteuerungsziffer aller von der Eisenbahn gebrauchten Stoffe hat sich von 80 im Monat April auf 92 im Monat Mai erhöht. Die tatsächlichen Ausgaben der Reichsbahn steigen sich dadurch um rund 7 Milliarden. Dazu kommt vom 1. Mai ab die Erhöhung der Besoldungen der Beamten und Arbeiter um rund 12 Milliarden, so daß für das Rechnungsjahr 1922 rund 19 Milliarden zu bedenken sind. Von einer Erhöhung der Tarife in Person- und Gepäckverkehr soll bis auf weiteres Abstand genommen werden.

Ein Reichsbund der Eisenbahnvorsteher und Sekretäre

ist vor einigen Tagen in Berlin gegründet worden. Er will die Tradition des ehemaligen Eisenbahnassistentenverbandes wieder aufleben lassen und pflegen.

Frankreich.

× Weniger Militär, weniger Beamte? Der französische Finanzminister Lafayrie hat den Haushaltsentwurf für 1923 in der Kammer verteilen lassen. Das Budget sieht Ausgaben in Höhe von 23 180 Millionen, dagegen nur 18 060 Millionen ordentliche und 1 225 Millionen außerordentliche Einnahmen vor, so daß ein Fehlbetrag von 3900 Millionen entsteht, der durch Anleihen gedeckt werden soll. Der Fehlbetrag rührt größtenteils von dem Defizit des Sonderbudgets der von Deutschland zu erstattenden Ausgaben her. Der Minister weist auf die Abnahme der Militäraufgaben hin, die im Jahre 1918 mit 36 100 Millionen, dieses Jahr nur mit 4910 Millionen eingesetzt sind. Außerdem werden die Beamtenstellen um etwa 32 000 vermindert.

Deutscher Reichstag.

(112. Sitzung.)

BR. Berlin, 17. Mai.

In der heutigen Sitzung wurde die zweite Lesung des Haushaltsplanes fortgesetzt und zwar beim

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hielt eine einleitende Rede, in der er u. a. sagte: An der Tätigkeit des Reichsarbeitsministeriums wird ernst und spöttlich die „Beschäftigungsförderung“ kritisiert. Soweit diese Kritik von sozialgegnertlicher Seite kommt, bekräftigt sie mich nur in meinem Vorhaben. Anders ist es, wenn sie von einer Seite kommt, die der Sozialpolitik grundsätzlich zustimmt, aber praktische Bedenken hat. Die Revolution war nicht nur eine politische Umwälzung, sondern in hohem Maße eine soziale.

Die Arbeitsfreudigkeit ist bei uns gewachsen.

Wir stehen hinter anderen Ländern keineswegs zurück. Die Gesetzgebung kann der Entwicklung nur schrittweise folgen. So kommt es, daß wir fortgesetzt für die Invaliden-, Alters- und Unfallversicherung neue gesetzgeberische Maßnahmen treffen müssen. Die Not der Zeit zwingt uns dazu. Durch diese Arbeit wird das Ministerium ebenso belastet und beunruhigt wie die Bürger im Lande. Wir haben eine parlamentarische Regierung, die den Forderungen des Reichstages entsprechen muß. Bei allen kommenden Gesetzgebungen werde ich darauf hinweisen, wann und von wem der Entwurf geformt ist. (Heiterkeit.) Keine Partei bleibt mit ihren Forderungen hinter den anderen Parteien zurück. (Sehr gut.) Vielfach hat man darüber geklagt, daß die einseitige Linie in der Vorbereitung der Gesetze vermehrt werde. Alle diese Gesetze besser aber die Reichsstellung des Arbeiters zur Wirtschaft

und bringen eine neue Auffassung von der Stellung der Arbeit und des Arbeiters. Sie sehen die Arbeit nicht nur als Ware an, sondern bemühen sich, den arbeitenden Menschen als solchen zu erfassen. Ein Gesetzentwurf auf Erhöhung der Wochenlöhne und des Entgeltendes wird auf Verlangen des Hauptauschusses ausgearbeitet. Auch eine Änderung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung wird gefordert. Der Wiederaufbau der Volksgesundheit dienen alle sozialen Gesetze. Dazu gehört die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Trunksucht. Richtlinien werden die Neubildung und Förderung von Zweckverbänden veranlassen, nötigenfalls ist die behördliche Aufsicht zu erweitern. Für die Opfer des Oppauer Unglücks sind 80 Millionen Mark gesammelt worden, die zur Wiedergutmachung des Schadens verwendet werden. Die Regelung der Arbeitszeit im Bergbau ist noch nicht als erledigt zu betrachten. Die Reichsregierung nimmt der Entscheidung auf Reform des Fürsorgengesetzes zu. Die Kaiser-Wilhelm-Akademie, die militärärztliche Bildungsanstalt, ist von der Regierung übernommen worden. (Erhalten)